

# FAIR View

---

Die politische Strategie der kalkulierten Tabubrüche- die AfD im Spannungsfeld zwischen (Leit-)Kultur und Grundgesetz

**Herausgeber**

FAIR international –  
Federation against Injustice  
and Racism e. V.  
Colonia-Allee 3  
51067 Köln  
T +49 221 474449-10  
F +49 221 474449-11  
[www.fair-int.de](http://www.fair-int.de)  
[info@fair-int.de](mailto:info@fair-int.de)

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk darf ohne schriftliche Genehmigung des Verfassers weder vollständig noch in Auszügen gedruckt, vervielfältigt oder mittels elektronischer Medien verbreitet werden.

## FAIR View

### Die politische Strategie der kalkulierten Tabubrüche- die AfD im Spannungsfeld zwischen (Leit-)Kultur und Grundgesetz

*Sara Larbi-Niazy, Mitarbeiterin bei FAIR international e.V., ist Studentin der Erziehungswissenschaften und Sprachen und Kulturen der islamischen Welt an der Universität zu Köln.*

„Der Islam gehört nicht zu Deutschland“- so steht es im Grundsatzprogramm der rechtspopulistischen Partei AfD- der Alternativen für Deutschland. Die Partei macht seit ihrer Gründung 2013 im politisch-medialen Diskurs mit provokanten und umstrittenen Äußerungen auf sich aufmerksam und erzielte bei Landtagswahlen Wahlergebnisse im zweistelligen Bereich.

Im „Superwahljahr“ 2017 standen nun Landtagswahlen im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an. Die Bundestagswahl im September wird dabei mit besonderer Spannung erwartet: Laut aktuellen Umfragen könnte die AfD erstmals nach der gescheiterten Bundestagswahl 2013 über die Fünf-Prozent-Hürde kommen und sich somit Sitze im Bundestag sichern.<sup>1</sup>

Um das Phänomen des raschen Aufstieges der AfD näher zu ergründen, wird sich die vorliegende Ausarbeitung gezielt mit der Entstehungsgeschichte der AfD auseinandersetzen und die innerparteilichen Entwicklungen seit ihrer Gründung darlegen.

Im Fokus der Ausarbeitung liegt die Untersuchung und Analyse der Partei-Inhalte und die damit einhergehende Rhetorik in Bezug auf „den Islam“ und die in Deutschland lebenden Muslime. Ziel dieser Ausarbeitung ist es, zu eruieren, inwiefern die parteipolitischen Forderungen zu den im Grundsatzprogramm thematisierten Aspekten der Kultur und Identität mit den Prinzipien des Grundgesetzes vereinbar sind und welche Auswirkungen rassistische und menschenfeindliche Äußerungen einzelner Vertreter der Partei auf das demokratische, gesamtgesellschaftliche Zusammenleben haben.

#### 1.) Entstehung und Entwicklung der AfD

Am 6. Februar 2013 in Berlin gegründet, warb die AfD als „Alternative für Deutschland“ bundesweit mit dem Slogan „Mut zur Wahrheit“ für ihre Partei. Die Rhetorik des Titels bezieht sich dabei auf die

sogenannten „Altparteien“ und suggeriert ein von ihnen ausgehendes bewusstes, systematisches Belügen des Volkes. Die seit 2009 andauernde Euro-Krise innerhalb der Europäischen Union (EU) destabilisierte die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht nur auf europäischer Ebene, sondern machte sich auch auf bundesdeutscher Ebene innerhalb der Gesellschaft bemerkbar. Darüber hinaus ging die Euro-Krise mit einer Verschuldung einzelner europäischer Staaten, wie z.B. Griechenland, einher. Der im Jahr 2010 von der EU, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond eingerichtete sogenannte Euro-Rettungsschirm für Schuldenstaaten, wurde im März desselben Jahres an Griechenland vergeben. Als Rechtfertigung der umstrittenen Zustimmung der Bundesregierung für das griechische Rettungspaket etablierte sich der Begriff der „Alternativlosigkeit“, welche die aus Sicht der Bundesregierung unvermeidbare Situation innerhalb der europäischen Union zum Ausdruck bringen sollte. Vermehrt wurden kritische Stimmen laut, die sich gegen die Einrichtung eines Euro-Rettungsschirms aussprachen und in einem mehrheitlich von Ökonomen und Professoren dominierten Interessenspektrum Zulauf fanden. Zentraler Gedanke war die Annahme, dass die europäische Finanz- bzw. Rettungspolitik, entgegen der von der Bundesregierung vertretenen Auffassungen, eben nicht alternativlos sei und es ebenfalls in Betracht ziehende Lösungsansätze gebe.<sup>2</sup>

Laut des Politikwissenschaftler Oskar Niedermeyer geht die „Datierung der direkten Vorgeschichte“ der AfD-Gründung auf genau diese Kritik an der etablierten Annahme der „Alternativlosigkeit“ zurück, welche gleichzeitig auch den Parteinamen der „Alternativen für Deutschland“ erklärt.<sup>3</sup>

Als Reaktion gründete sich im Herbst 2010, initiiert durch Bernd Lucke, Professor für Makroökonomie und späterer Mitbegründer der AfD, das „Plenum der Ökonomen“, die ein Zusammenschluss von diversen Wirtschaftswissenschaftlern gegen die Euro-Rettungspolitik beinhaltete. Mitte 2012 formierte sich dieser Zusammenschluss zum überparteilichen „Bündnis Bürgerwille“. Sowohl die Kritik an der Euro-Rettungspolitik, als auch die Forderung nach mehr Mitbestimmung durch die Bürgerinnen und Bürger, fanden starken Anklang in der Bevölkerung. Wenige Monate später im Herbst 2012 gründeten u.a. Bernd Lucke und Alexander Gauland den Verein „Wahlalternative 2013“. Durch die Kooperation mit den Freien Wäh-

1. Vgl. Rohleder, Franz: Bundestagswahl 2017. Online im Internet: <https://www.merkur.de/politik/bundestagswahl-2017-afd-legt-in-aktueller-umfrage-zu-prognose-zr-8076933.html> vom 28.07.2017.  
2. Vgl. Oppelland, Torsten: Alternative für Deutschland, 05.06.2017. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/kleinparteien/211108/afd> vom 28.07.2017.  
3. Vgl. ebd.  
4. Vgl. ebd.

lern konnte die Kandidatur Bernd Luckes und des Publizisten Konrad Adam bei der Landtagswahl 2013 in Niedersachsen ermöglicht werden. Das enttäuschende Wahlergebnis von 1,1% trieb die Überführung des Vereins in eine Partei weiter voran und mündete im Gründungsparteitag der AfD.<sup>4</sup>

### 1.2.) Bernd Lucke- „Das Gesicht der AfD“

Als Initiator und Mitbegründer der Partei stand Bernd Lucke schon seit längerer Zeit im Fokus der Öffentlichkeit. 2011, nach 33 Jahren aus der CDU ausgetreten, verkörperte er nun die von der „Elite“ artikulierte Kritik an der EU-Rettungspolitik. Nach Gründung der AfD wurde durch den raschen Aufstieg umso deutlicher, dass die zu Anfang mehrheitlich von Wirtschaftsprofessoren geäußerte Kritik nicht nur von „Besserverdienern“ und „Gebildeten“ unterstützt wird, sondern immer mehr Zustimmung aus der breiten Bevölkerung erhält.

Der bereits erwähnte rasche Aufstieg der Partei lässt sich durch die erzielten Wahlergebnisse bei den Landtagswahlen und bei der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014 belegen:

<b>Aktuelle Wahlergebnisse</b> Wahlergebnisse bei den letzten Wahlen zu Landesparlamenten, dem Bundestag und dem Europäischen Parlament					
Wahl	Datum	Prozentualer Anteil		Stimmenanzahl	
		Anteil	Gewinn Verlust	Stimmen	Gewinn Verlust
<b>Bundestag</b>	22.09.2013	4,7%	+4,7%	2.056.985	+2.056.985
<b>Hessen</b>	22.09.2013	4,1%	+4,1%	126.906	+126.906
<b>Europäisches Parlament</b>	25.05.2014	7,1%	+7,1%	2.070.014	+2.070.014
<b>Sachsen</b>	31.08.2014	9,7%	+9,7%	159.611	+159.611
<b>Brandenburg</b>	14.09.2014	12,2%	+12,2%	120.077	+120.077
<b>Thüringen</b>	14.09.2014	10,6%	+10,6%	99.545	+99.545
<b>Hamburg<sup>1</sup></b>	15.02.2015	6,1%	+6,1%	214.833	+214.833
<b>Bremen<sup>2</sup></b>	10.05.2015	5,5%	+5,5%	64.368	+64.368
<b>Baden-Württemberg</b>	13.03.2016	15,1%	+15,1%	809.564	+809.564
<b>Sachsen-Anhalt</b>	13.03.2016	24,3%	+24,3%	272.496	+272.496
<b>Rheinland-Pfalz</b>	13.03.2016	12,6%	+12,6%	268.628	+268.628
<b>Mecklenburg-Vorpommern</b>	04.09.2016	20,8%	+20,8%	167.852	+167.852
<b>Berlin</b>	18.09.2016	14,2%	+14,2%	231.325	+231.325
<b>Saarland</b>	26.03.2017	6,2%	+6,2%	32.971	+32.971
<b>Schleswig-Holstein</b>	07.05.2017	5,9%	+5,9%	86.711	+86.711
<b>Nordrhein-Westfalen</b>	14.05.2017	7,4%	+7,4%	626.756	+626.756

Bei nichtaufgeführten Wahlen ist die Partei nicht mit einer Landesliste o.ä. angetreten.

1 Hamburg: Landesstimmen (bis zu fünf Stimmen je Wähler)

2 Bremen: Personen- und Listenstimmen (bis zu fünf Stimmen je Wähler)<sup>5</sup>

Sowohl bei der Bundestagswahl 2013, als auch bei der Landtagswahl im September 2013 in Hessen kam die AfD nicht über die erforderliche Fünf-Prozent-Hürde. Dies änderte sich jedoch erstmals in der Wahl des Europäischen Parlaments im Mai 2014: Die erlangten 7,1% der Stimmen ermöglichten der Partei den Einzug von sieben Abgeordneten ins Europäische Parlament; unter ihnen Beatrix von Storch, stellvertretende Bundesvorsitzende und Marcus Pretzell, nordrhein-westfälischer AfD-Landtagsvorsitzender. Im September desselben Jahres erreichte die AfD bei den Landtagswahlen in Brandenburg und Thüringen über 10%. Nach den Landtagswahlen wurden jedoch immer mehr innerparteiliche Konflikte deutlich, die Gegenstand des öffentlichen Interesses wurden. Laut Torsten Oppelland, Professor für Politikwissenschaft an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, führten zwei Faktoren zum Konflikt innerhalb der Partei:

5. Oppelland, Torsten: Alternative für Deutschland, 05.06.2017. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/grundfragen/parteien-in-deutschland/kleinparteien/211108/afd> vom 28.07.2017.

1.) Im Gründungsparteitag 2013 wählten die Mitglieder drei gleichberechtigte Vorsitzende in den Vorstand: Konrad Adam, Bernd Lucke und Frauke Petry. Als „Gesicht der Partei“ stand jedoch Lucke im Vordergrund und repräsentierte die entschlossene Kritik an der EU-Rettungspolitik. Die immer deutlich werdenden Auseinandersetzungen zwischen Lucke und Petry, der sächsischen Landesvorsitzenden, und der Kritik an Luckes „dominanter Führungsposition“, wurden durch die Wahlerfolge in den ostdeutschen Landesverbänden verschärft.

2.) Ab Ende 2014 organisierte der islamfeindliche Verein Pegida regelmäßig Demonstrationen, bei der sie als „patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ in Dresden auf die Straßen gingen. Für die AfD bedeutete dies eine weitere Zerreißprobe: Lucke und seine Anhänger hielten den Verein für „ausländer- und islamfeindlich“; besonders ostdeutsche Landesvorsitzende der Partei waren jedoch der Meinung, dass der Protest der Pegida-Demonstranten ernst genommen und eine derartige Bewegung nicht mit Ablehnung begegnet werden sollte.<sup>6</sup>

Als möglicher Versuch, dem Konflikt langfristig entgegenzuwirken, entschieden die Mitglieder im Januar 2015 auf dem Bremer Parteitag, dass fortan der Parteivorstand aus zwei anstatt drei Parteivorsitzenden bestehen sollte.

### 1.3.) Erster Bruch der AfD

Die internen Konflikte nahmen in den darauffolgenden Monaten zu und spalteten die Partei in zwei Flügel: einem liberal-konservativen Flügel unter Bernd Lucke und einem rechts-konservativen Flügel unter Björn Höcke, dem AfD-Fraktionsvorsitzenden im Thüringer Landtag. Höcke, der vermehrt mit „völkischen“ Ansichten Aufmerksamkeit erregte, kritisierte Luckes politische Führung, die sich seiner Meinung nach immer mehr dem sogenannten Mainstream annäherte. Um der Kritik des liberal-konservativen Flügel entgegenzutreten, regte Höcke im März 2015 zusammen mit dem AfD-Landesvorsitzenden Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, die „Erfurter Resolution“ an, „eine Art Manifest des rechten Parteiflügels“.<sup>7</sup> Dabei handelt es sich um den ultrarechten Kader der Partei, die sich als „Der Flügel“ bezeichnet.

In der Resolution konstatieren die Erstunterzeich-

ner, unter ihnen auch Alexander Gauland, neben Alice Weidel amtierender Spitzenkandidat für die Bundestagswahl 2017, dass „das Projekt ‚Alternative für Deutschland‘ in Gefahr“ sei, da sie sich u.a. „ohne Not mehr und mehr dem etablierten Politik-betrieb [anpasst]: dem Technokratentum, der Feigheit und dem Verrat an den Interessen unseres Landes.“<sup>8</sup> Darüber hinaus kritisieren sie die fehlende Solidarität der Partei mit „bürgerlichen Protestbewegungen“ [Pegida, Anm. d. Verf.] und plädieren für ein „Bekennnis der AfD zu einer grundsätzlichen politischen Wende in Deutschland.“<sup>9</sup> Dass Anhänger der Pegida-Bewegung rechtsextremen Gruppierungen angehören, wird nicht thematisiert.

Zwei Monate später, im Mai 2015, gründete Lucke mit Parteikollegen die Initiative „Weckruf 2015“. Dabei gaben sie an, dass sie für sich „keine Zukunft in der AfD [sehen], wenn die Partei nicht entschieden denjenigen Einhalt gebietet, die pöbelnd Aufmerksamkeit auf sich ziehen wollen oder an den politischen Rändern unserer Gesellschaft hausieren gehen“.<sup>10</sup> Diese Formulierung richtet sich klar gegen den von Höckes Flügel vertretenen Ansatz, Protestbewegungen, wie die der Pegida, zu unterstützen, trotz klarer Verbindung zu rechtsextremen Gruppierungen. An diesem Punkt schlussfolgern die Unterzeichner des „Weckrufs 2015“, dass „die AfD nicht erfolgreich sein [kann], wenn manche Führungspersonen weiterhin versuchen, die politischen Ränder aufzuweichen und auch radikale Kräfte integrieren wollen, die grundsätzlich systemkritisch, fundamental-oppositionell und nationalistisch daherkommen.“<sup>11</sup>

Die Ergebnisse der darauffolgenden Landtagswahlen im Februar und Mai 2015 zeigten, dass trotz der innerparteilichen Konflikte Erfolge über der Fünf-Prozent-Hürde erzielt wurden; die Wahlergebnisse blieben jedoch unter dem erwünschten zweistelligen Bereich.

Auf dem Essener Parteitag Anfang Juli 2015 stellten sich u.a. Lucke und Petry zur Wahl des Parteivorsitzes. Der Unmut über Lucke, der durch seine Initiative „Weckruf 2015“ von der Mehrheit der Partei als „Spalter“ angesehen wurde, machte sich während seiner Rede durch „Buhrufe“ aus dem Plenum bemerkbar. Petry gewann mit 59,7% der abgegebenen Stimmen die Wahl zur Parteivorsitzenden und teilte sich das Amt fortan mit Jörg

6. Vgl. o.A.: Frauke Petry. AfD-Austritt von Bernd Lucke nur konsequent, 08.07.2017. In: Der Tagesspiegel. Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/alternative-fuer-deutschland-afd-frauke-petry-afd-austritt-von-bernd-lucke-nur-konsequent/12030312.html> vom 29.07.2017.

7. Friedrich, Sebastian: Politik des kalkulierten Tabubruchs: Die AfD und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs, 29.03.2017. In: Digitaler Schaukasten. Online im Internet: <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=509> vom 25.08.2017.

8. Höcke, Björn/ Poggenburg, André/ Gauland, Dr. Alexander: Die „Erfurter Resolution“. Wortlaut und Erstunterzeichner, 14.03.2015. In: derfluegel. Online im Internet: <http://www.derfluegel.de/2015/03/14/die-erfurter-resolution-wortlaut-und-erstunterzeichner/> vom 29.07.2017.

9. Ebd.

10. Schmidt, Stephan/ Seeghitz, Jochen/ Stöhr, Brigitte: Weckruf 2015, 18.05.2015. Online im Internet: <https://bernd-lucke.de/weckruf-2015/> vom 28.07.2017.

11. Ebd.

Meuthen, dem Fraktionsvorsitzenden des baden-württembergischen Landtags.<sup>12</sup> Der Machtkampf bedeutete somit die Niederlage Luckes und seines liberal-konservativen Flügels; der erste Bruch der Partei wurde somit geebnet. Als Konsequenz trat Lucke wenige Tage später aus der Partei aus; mit ihm etwa 20 % der Partei-Mitglieder, unter ihnen auch fünf der sieben AfD-Abgeordneten im EU-Parlament. Als Begründung führt Lucke die „insbesondere islamfeindliche[n] und ausländerfeindliche[n] Ansichten [...], die sich [...] immer stärker ausbreiten“ und die „antiwestliche, dezidiert prorussische außen- und sicherheitspolitische Orientierung“ an, die er grundsätzlich ablehne.<sup>13</sup> Externe Kritiker werfen ihm jedoch vor, er sei an der Entwicklung der Partei nicht unbeteiligt gewesen: Kurz vor der Wahl 2013 warb er intern für kalkulierte Tabubrüche, um seine Präsenz während des Wahlkampfs zu steigern.<sup>14</sup> Diese Forderung hat eine Kettenreaktion in Gang gesetzt, welches die Öffnung für den rechten Rand der Partei zur Folge hatte, die er nicht mehr kontrollieren konnte.

#### 1.4.) Die Ära „Frauke Petry“

Der Führungswechsel von Lucke zu Petry verzeichnet gleichzeitig auch den ersten Radikalisierungsschub der Partei.<sup>15</sup> Im September 2016 beispielsweise forderte Petry öffentlich eine Neudefinition des Begriffs „völkisch“ und plädierte für eine positive Besetzung.<sup>16</sup> Dass genau dieser Begriff auf einer Ideologie fußt, die die „Befreiung“ der „deutschen Rasse“ fordert, wie sie in der Zeit des Nationalsozialismus von der NSDAP propagiert wurde, und völkische Ansichten im Kern antisemitisch, rassistisch und radikalnationalistisch sind, wird von der Partei weder kritisch hinterfragt, noch erwähnt.<sup>17</sup>

Mit der Zeit häuften sich auch in der „Ära Petry“ die innerparteilichen Konflikte, vor allem aber mit

ihrem Co-Parteivorsitzenden Jörg Meuthen: Im Sommer 2016 schaltete sich Petry im Fall Gedeon im baden-württembergischen Landtag ein. Dem Abgeordneten Wolfgang Gedeon wird vorgeworfen, Bücher mit antisemitischen Inhalten publiziert zu haben.<sup>18</sup> Meuthen stellte sich als AfD-Fraktionsvorsitzender in Baden-Württemberg gegen Gedeon. Er forderte seinen Fraktions-Austritt und kündigte einen Rücktritt an, falls dies nicht geschehe; die baden-württembergische AfD-Fraktion stand zu dem Zeitpunkt kurz vor einer Spaltung. Medienwirksam und ohne Meuthens Zustimmung, organisierte Petry eine Pressekonferenz im Stuttgarter Landtag. Der Streit um den weiteren Vorgang im Fall Gedeon zwischen beiden eskalierte vor laufender Kamera.<sup>19</sup> Auffällig hierbei ist: Meuthen sprach sich zwar aufgrund des Antisemitismus-Vorwurf gegen seinen Abgeordneten Gedeon aus, jedoch war sowohl seine Verbindung zu Höcke und Gauland und ihrem ultrarechten Flügel, als auch seine islamfeindlichen Einstellungen, öffentlich bekannt.<sup>20</sup> Die Auseinandersetzung mit Petry im Stuttgarter Landtag unterstrich nur noch mehr den internen Machtkampf. Schon im Jahr 2015 wurden Anfeindungen zwischen Petry und dem äußersten rechten Rand um Höcke und Gauland deutlich.<sup>21</sup>

#### 1.5.) Bruch mit Petry

Der AfD-Bundesparteitag am 22. und 23. April 2017 in Köln stellt den Schauplatz des zweiten Bruches der Partei und folglich auch der Abwendung von Petry als Führungsperson dar. Die Parteivorsitzende hatte im Vorfeld des Parteitages per Video-Botschaft auf eine Spitzenkandidatur im Bundeswahlkampf verzichtet.<sup>22</sup> Darin äußert sie die Wichtigkeit der Klärung „drängender Sachfragen“.<sup>23</sup> In einem formulierten „Zukunftsantrag“ solle über den „realpolitischen Weg einer bürgerlichen Volkspartei“<sup>24</sup> auf dem Bundesparteitag abgestimmt werden, damit sich die AfD immer mehr

- 
12. Vgl. o.A.: Petry gewinnt Machtkampf bei der AfD, 04.07.2015. In: Frankfurter Allgemeine. Online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/parteitag-petry-gewinnt-machtkampf-bei-der-afd-13684985.html> vom 28.07.2017.
  13. o.A.: Bernd Lucke zu seinem Austritt aus der AfD, 08.07.2015. In: Spiegel Online. Online im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/bernd-lucke-erklaerung-zu-austritt-aus-der-afd-a-1042734.html> vom 28.07.2017.
  14. Vgl. Friedrich, Sebastian: Politik des kalkulierten Tabubruchs. Die AfD und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs, 29.03.2017. In: Digitaler Schaukasten. Online im Internet: <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=509> vom 25.08.2017.
  15. Vgl. Roeser, Rainer: AfD. Stetige Radikalisierung, 24.04.2017. In: bnr. Online im Internet: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-stetige-radikalisierung-vom-28.07.2017>.
  16. Vgl. Balzli, Beat/ Kamann, Matthias: Petry will den Begriff „völkisch“ positiv besetzen, 11.09.2016. In: Welt. Online im Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article158049092/Petry-will-den-Begriff-voelkisch-positiv-besetzen.html> vom 28.07.2017.
  17. Vgl. o.A.: Welche Bedeutung hat der Begriff „Völkisch“? 18.10.2016. In: GeschichtsCheck. Online im Internet: <https://www.geschichtschek.de/2016/10/18/welche-bedeutung-hat-der-begriff-voelkisch/> vom 28.07.2017.
  18. Vgl. Wagner, Thomas: Der Fall Gedeon und die AfD in Baden-Württemberg, 21.06.2016. In: Deutschlandfunk. Online im Internet: [http://www.deutschlandfunk.de/zerrissprobe-der-fall-gedeon-und-die-afd-in-baden.1773.de.html?dram:article\\_id=357789](http://www.deutschlandfunk.de/zerrissprobe-der-fall-gedeon-und-die-afd-in-baden.1773.de.html?dram:article_id=357789) vom 24.08.2017.
  19. Vgl. Roeser, Rainer: AfD. Stetige Radikalisierung, 24.04.2017. In: bnr. Online im Internet: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-stetige-radikalisierung-vom-28.07.2017>.
  20. Vgl. o.A.: Vier-Augen-Gespräch soll „verwickelte Situation“ klären, 06.07.2016. In: Welt. Online im Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article156844554/Vier-Augen-Gespraech-soll-verwickelte-Situation-klaren.html> vom 24.08.2017.
  21. Vgl. o.A.: Streit um Rechtsaußen Höcke spaltet AfD-Spitze, 20.12.2015. In: Spiegel Online. Online im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-vize-gauland-attackiert-chefin-petry-wegen-hoecke-kritik-a-1068815.html> vom 24.08.2017.
  22. Vgl. o.A.: AfD-Chefin Petry verzichtet auf Spitzenkandidatur, 19.04.2017. In: Spiegel Online. Online im Internet: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-frauke-petry-verzichtet-auf-spitzenkandidatur-a-1143907.html> vom 28.07.2017.
  23. Ebd.
  24. Ebd.

zu einer koalitionsfähigen Partei entwickeln könne. Damit stellt sie sich gegen die Vertreter der „Fundamentalopposition“, dem Gauland, Höcke und Meuthen zuzurechnen sind. Letzterer bewertete Petrys Antrag als „überflüssig“ und „trügerisch“.<sup>25</sup> Auf dem Parteitag wurde ihr Antrag abgelehnt; u.a. auch ihr Antrag gegen „rassistische, antisemitische, völkische, nationalistische Ideologien innerhalb der Partei“.<sup>26</sup> Kritiker merken an, dass ihre realpolitische Forderung unglaubwürdig erscheint. Noch vor einem Jahr habe sie sich dem Stil des ultrarechten Flügels bedient, welcher die AfD als radikale Opposition zum Establishment ansieht.<sup>27</sup>

Am Ende gewannen Alice Weidel und Alexander Gauland mit knapp 68% der Stimmen die Wahl zur Spitzenkandidatur für die Bundestagswahl.<sup>28</sup>

## 2.) Die Strategie der „kalkulierten Tabubrüche“

Die Umfragewerte der AfD fielen in Anbetracht der innerpolitischen Konflikte und des kürzlich ereigneten Partei-Bruchs negativ aus und erreichten im Juli 2015 sogar bis zu drei Prozent.<sup>29</sup> Dass im öffentlich-medialen Auftreten der Partei ab Spätsommer 2015 immer mehr national-konservative Einstellungen an Gewicht gewannen, kann als gezielte Strategie gegen die sinkenden Umfragewerte gewertet werden. In diesem Zeitraum war die sogenannte „Willkommenskultur“ gegenüber denen in Deutschland aus Kriegsgebieten ankommenden Geflüchteten allseits präsent und löste eine Debatte um die Aufnahme von geflüchteten Menschen in Deutschland aus. Die Ansicht der AfD zu diesem Sachverhalt war eindeutig: Sie warben für die sofortige Schließung der Grenzen und gegen die weitere Aufnahme von Geflüchteten.

Im Januar 2016 erlangte die Debatte um die aus Sicht der AfD unkontrollierten Einreise Geflüch-

teter seinen Höhepunkt: Die Parteivorsitzende Frauke Petry entgegnete dem Mannheimer Morgen, dass die Grenzpolizei „notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“ müsse, um gesetzeswidrige Grenzübertritte zu verhindern.<sup>30</sup>

Im Zuge der Empörung über Petrys Äußerung, antwortete die stellvertretende AfD-Vorsitzende Beatrix von Storch auf ihrer Facebook-Seite auf die Frage eines Nutzers, ob auch Frauen und Kinder mit Waffengewalt am Grenzübertritt gehindert werden sollten, mit einem „Ja.“<sup>31</sup> Beide entschuldigten sich kurze Zeit später, schreckten aber nicht davor zurück, ihre Äußerung zu relativieren und als missverstandenes Statement zu reklamieren. Petry warf darüber hinaus dem Mannheimer Morgen „verkürzte und völlig sinnentstellte“ Wiedergaben ihrer Worte vor.<sup>32</sup>

Der AfD-Fraktionsvorsitzende des Thüringer Landtags, Björn Höcke, bedient sich regelmäßig dieser kalkulierten Tabubrüche und gilt als Perfektionist jener politischen Strategie.<sup>33</sup> Er war es, der im Mai 2015 behauptete, nicht jedes Mitglied der NPD könne als extremistisch eingestuft werden.<sup>34</sup> Direkt im Anschluss, nach heftiger Kritik, gab er zu, einen Fehler gemacht zu haben.<sup>35</sup>

Sowohl seine öffentliche Infragestellung des gesetzlich festgelegten Verbots des Hitlergrußes und des Hakenkreuzes<sup>36</sup>, seine rassistische Rede über den Unterschied des „Reproduktionsverhalten der Afrikaner und Europäer“<sup>37</sup>, als auch seine Forderung, Deutschland solle nicht nur eine „tausendjährige Vergangenheit“, sondern auch eine „tausendjährige Zukunft“ haben, verdeutlichen das eindeutig verankerte rechtsradikale Gedankengut und das aus dem Nationalsozialismus stammende Vokabular des beurlaubten Geschichts- und Sportlehrers.<sup>38</sup>

25. Doerfler, Kordula: Nach Petrys Scheitern. Wer wird die AfD in die Bundestagswahl führen?, 22.04.2017. In: ksta. Online im Internet: <http://www.ksta.de/politik/nach-petrys-scheitern-wer-wird-die-afd-in-die-bundestagswahl-fuehren--26749306-seite2?view=fragmentPreview> vom 28.07.2017.
26. Roeser, Rainer: AfD. Stetige Radikalisierung, 24.04.2017. In: bnr. Online im Internet: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-stetige-radikalisierung> vom 28.07.2017
27. Vgl. Doerfler, Kordula: Abserviert, 23.04.2017. In: Frankfurter Rundschau. Online im Internet: <http://www.fr.de/politik/frauke-petry-beim-afd-parteitag-abserviert-a-1265365> vom 28.07.2017.
28. Vgl. Roeser, Rainer: AfD. Stetige Radikalisierung, 24.04.2017. In: bnr. Online im Internet: <https://www.bnr.de/artikel/hintergrund/afd-stetige-radikalisierung> vom 28.07.2017.
29. Vgl. Friedrich, Sebastian: Politik des kalkulierten Tabubruchs. Die AfD und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs, 29.03.2017. In: Digitaler Schaukasten. Online im Internet: <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=509> vom 25.08.2017.
30. Vgl. Mack, Steffen/ Serif, Walter: „Sie können es nicht lassen!“, 30.01.2016. In: Mannheimer Morgen. Online im Internet: <http://www.morgenweb.de/nachrichten/politik/sie-koennen-es-nicht-lassen-1.2620328> vom 28.07.2017.
31. o.A.: AfD-Vizechefin will Polizei sogar auf Kinder schießen lassen, 31.01.2016. In: Frankfurter Allgemeine. Online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/beatrice-von-storch-afd-vizechefin-will-polizei-sogar-auf-kinder-schiessen-lassen-14044186.html> vom 28.07.2017.
32. Ebd.
33. Vgl. Friedrich, Sebastian: Politik des kalkulierten Tabubruchs. Die AfD und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs, 29.03.2017. In: Digitaler Schaukasten. Online im Internet: <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=509> vom 25.08.2017.
34. Vgl. Meisner, Matthias: AfD will Thüringer Landeschef Björn Höcke absetzen, 12.05.2015. In: Der Tagesspiegel. Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/mangelnde-distanz-zur-afd-will-thueringer-landeschef-bjoern-hoecke-absetzen/11766958.html> vom 28.07.2017.
35. Vgl. Machowecz, Martin/ Fuchs, Christian: Der Mann an der Grenze, 18.02.2016. In: Zeit Online. Online im Internet: <http://www.zeit.de/2016/09/afd-bjoern-hoecke-mitschueler-entwicklung> vom 29.07.2017.
36. Vgl. Machowecz, Martin/ Fuchs, Christian: Der Mann an der Grenze, 18.02.2016. In: Zeit Online. Online im Internet: <http://www.zeit.de/2016/09/afd-bjoern-hoecke-mitschueler-entwicklung> vom 29.07.2017.
37. Tell, Wilhelm: Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme. Höcke beim IfS HD, 720p, 12.12.2015, Youtube. Online im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=ezTw3ORSqIQ> vom 29.07.2017.
38. Vgl. o.A.: Acht Zitate zeigen, wie gefährlich der AfD-Rechtsaußen wirklich ist, 24.01.2017. In: Focus. Online im Internet: [http://www.focus.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-sieben-zitate-zeigen-wie-gefaehrlich-der-afd-rechtsausen-wirklich-ist\\_id\\_6536746.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/bjoern-hoecke-sieben-zitate-zeigen-wie-gefaehrlich-der-afd-rechtsausen-wirklich-ist_id_6536746.html) vom 29.07.2017.

Im Dezember 2016 gelang ein vertrauliches Schreiben der AfD an die Öffentlichkeit, das die Strategie der kontrollierten Tabubrüche und bewussten Provokationen offenlegt. Außerdem wird in dem 33-seitigen „AfD-Manifest 2017“ keine eindeutige Distanzierung zu rechtsextremen Gruppierungen gefordert. Die Partei solle vielmehr „Abstand zu Gruppierungen haben, die in den Augen der Mainstream-Medien als rechtsextrem gelten. Es muss aber nicht jedes Mitwirken individueller AfD-Mitglieder bei in den Mainstream-Medien suspekten Gruppen thematisiert und geahndet werden.“<sup>39</sup>

Laut der Politikwissenschaftlerin des Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung, Regina Wamper, stellt das „Verhalten der AfD eine klassische Strategie der extremen Rechten“ dar.<sup>40</sup> Wie die NPD, teste die AfD die „Grenzen des Sagbaren“, indem ihre Vertreter mit Tabuthemen brechen, wenig später jedoch ihre Äußerungen relativieren, als Fehler einsehen oder sich als gezielte Opfer der falsch berichtenden „Lügenpresse“ darstellen.<sup>41</sup> Das Austesten dieser Grenzen führe zu einer Normalisierung der tabuisierten Themen, wie z.B. der Holocaustverleumdung, und somit zur kalkulierten Verschiebung der Grenzen nach rechts.<sup>42</sup>

## 2.1.) Rassismus, Ethnopluralismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus- ein Überblick

Bevor auf das Themenkomplex der Orientierung der AfD gen rechts eingegangen wird, bedarf es einer differenzierten Klärung der Begrifflichkeiten Rassismus, Ethnopluralismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus, welche im Kontext der AfD wiederholt erwähnt werden.

### 2.1.1.) Rassismus

Der Begriff des Rassismus umfasst eine tiefgreifende Geschichte und geht bis in die Zeit der kolonialen Herrschaften ab dem 15. Jahrhundert zurück. Die koloniale Praxis ging dabei mit der Erfindung ungleichwertiger „Menschenrassen“ einher. Folglich bezeichnet Rassismus „eine Ideologie und Praxis der wissenschaftlich legitimierten, systematischen Herstellung von Ungleichwertigkeit.“<sup>43</sup>

Die wissenschaftliche Legitimierung basierte auf der Konzeption der sogenannten „Rassen“ und „Rassentheorien“, welche ihren Ursprung in der Klassifizierung menschlicher biologischer Merkmale haben, die von Naturforschern, wie z.B. Carl von Linné, in der Zeit der Aufklärung durchgeführt wurde.<sup>44</sup> Das „Weißsein“ bedeutete in diesem Kontext eine zur Norm gewordene Dominanz, die mit einer sozialen Privilegierung in der Gesellschaft einherging. Alle als von dieser Norm abweichend markierten Menschen, wurden als „wertlos“ und minderwertig klassifiziert und entprivilegiert. Geht man der Frage nach, welchen Zweck die Kolonialisierung und ihre Praxis aus Sicht der Kolonialmächte erfüllte, so stellte dies einerseits einen zivilisatorischen und andererseits einen imperialen Auftrag dar.<sup>45</sup> Einen zivilisatorischen Auftrag, um den „neu entdeckten Völkern“, welche man zu einer minderwertigen Menschengruppe stigmatisierte, vermeintlich „europäische Werte“, wie z.B. Fortschritt und Glaube, vermitteln zu können. Der imperiale Gedanke basierte auf der Annahme, als Europäer der mit Gewalt unterworfenen Bevölkerung überlegen zu sein und sie somit beherrschen zu dürfen. Dieser Überlegenheitsgedanke findet seinen Ursprung in den zuvor etablierten „Rassentheorien“.

Die Strukturen des Rassismus existieren auch heute noch in unseren Gesellschaften und sind auf alle markierten, als Feindbild konstruierten Menschengruppen übertragbar. Sie finden sich in den verschiedenen Formen der Feindseligkeit gegenüber diesen Gruppen wieder: Rassismus gegen Schwarze, People of Color, Juden, Sinti und Roma, Muslime etc.

### 2.1.2.) Ethnopluralismus

Als eine Form des modernisierten Rassismus ist das Konzept des Ethnopluralismus zu verstehen, welches sich vor allem im Kontext der Neuen Rechten wiederfindet. Zentraler Ausgangspunkt ist die Annahme, dass eine Homogenität einzelner Menschenzugehörigkeiten besteht, die einem jeweiligen Territorium zugeordnet werden.<sup>46</sup> Dabei lehnen sie das Konzept der Multikulturalität ab und propagieren das Scheitern der Migrationsgesellschaft.

39. Bender, Justus: Die Strategie der Provokateure, 25.01.2017. In: Frankfurter Allgemeine. Online im Internet: [http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-bezeichnet-waehler-in-vertraulichem-papier-als-zielscheiben-14745611-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex\\_2](http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/afd-bezeichnet-waehler-in-vertraulichem-papier-als-zielscheiben-14745611-p2.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2) vom 24.08.2017.

40. Friedrich, Sebastian: Politik des kalkulierten Tabubruchs. Die AfD und der Rechtsruck im öffentlichen Diskurs, 29.03.2017. In: Digitaler Schaukasten. Online im Internet: <http://www.sebastian-friedrich.net/?p=509> vom 25.08.2017.

41. Ebd.

42. Vgl. ebd.

43. Messerschmidt, Astrid (2014): Rassismuskritische Auseinandersetzung mit populären Gegenbildern. Bildungsarbeit zu antimuslimischem und antiziganistischem Rassismus. In: Salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, 2014, S. 32.

44. Vgl. Koller, Christian: Was ist eigentlich Rassismus?, 08.12.2015. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/213678/was-ist-eigentlich-rassismus-vom-29.07.2017>.

45. Vgl. Lerne mehr fuer deine Zukunft: ARTE. Mit offenen Karten. Die Entstehung des Rassismus, 04.06.2012, Youtube. Online im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=xFOrt9DcFyl> vom 29.07.2017.

46. Vgl. Baldauf, Johannes (2014): Modernisierter Rechtsextremismus in sozialen Medien. Inszenierungsstrategien am Beispiel der „Identitären Bewegung“ und der „German Defense League“. In: Salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa, 2014, S. 25.

Charakteristisch für das theoretische Konstrukt ist der Verzicht auf das klassische rassistische Vokabular. Der Begriff der „Rasse“ wird durch die Begrifflichkeiten der „Ethnie“, „Kultur“ oder „Volk“ ersetzt<sup>47</sup>; in der Praxis bedeutet dies, dass nicht mehr von der angenommenen biologischen Ungleichwertigkeit zwischen den Menschen gesprochen, sondern auf kulturelle oder religiöse Differenzen hingewiesen wird. Durch das Ersetzen der Begrifflichkeiten, kann diese Form des „getarnten Rassismus“ in gesellschaftlichen Diskursen subtil eingesetzt werden, ohne unmittelbar für jeden sichtbar zu werden.<sup>48</sup>

### 2.1.2.) Rechtspopulismus

Laut Duden meint der Begriff des Populismus eine „von Opportunismus geprägte, volksnahe, oft demagogische Politik, die das Ziel hat, durch Dramatisierung der politischen Lage die Gunst der Massen (im Hinblick auf Wahlen) zu gewinnen.“<sup>49</sup>

Nach Niedermeyer wird unter „Populismus“ eine Ausrichtung gegen das politische Establishment verstanden, dem das Motiv der Volkszentrierung immanent ist.<sup>50</sup> Das Präfix „rechts“ wird dann benutzt, wenn mit der populistischen Ausrichtung eine „Abgrenzung gegenüber bzw. Ausgrenzung von bestimmten Gruppen, z.B. ethnischen Minderheiten oder Flüchtlingen, die als Bedrohung des Gemeinwesens empfunden werden, hinzukommt.“<sup>51</sup>

### 2.1.3.) Rechtsextremismus

Der Begriff des Rechtsextremismus ist innerhalb der Wissenschaft umstritten und lässt sich nur schwer als ideologisches Konzept auf eine Definition konkretisieren. Richard Stöss, Politikwissenschaftler und Parteienforscher, beschreibt den Begriff des Rechtsextremismus als ein „Sammelbegriff für verschiedenartige gesellschaftliche Erscheinungsformen, die als rechtsgerichtet, undemokratisch und inhuman gelten“.<sup>52</sup> Das auf Nationalismus und Rassismus basierende Weltbild des Rechtsextremismus, lässt sich allgemein als eine Ausrichtung definieren, die, Gabriele Nandlinger zufolge, die freiheitlich-demokratische Grund-

ordnung negieren und mit Durchsetzung von Gewalt ein autoritäres Staatssystem etablieren wollen.<sup>53</sup>

Ferner lässt sich, nach Stöss, das Phänomen des Rechtsextremismus durch folgende Merkmale skizzieren: „[einem] übersteigerte[n] Nationalismus, [der] Beschwörung äußerer Bedrohung, [der] Negierung der universellen Freiheits- und Gleichheitsrechte der Menschen, [einer] tendenzielle[n] Gegnerschaft zu parlamentarisch-pluralistischen Systemen und [dem] gesellschaftliche[n] Leitbild einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft mit einem Führer.“<sup>54</sup>

### 2.1.4.) Rechtsradikalismus

Im gesellschaftlichen Diskurs werden die Begriffe des Rechtsextremismus und des Rechtsradikalismus oft als Synonyme gebraucht.

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz zufolge gibt es jedoch eine klare Unterscheidung zwischen diesen Begrifflichkeiten:

Extremistische Einstellungen sind demnach Positionen, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung sind. Politisch radikale Einstellungen dagegen sind Auffassungen, welche „in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz [haben], [...] solange [sie] die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung“ anerkennen.<sup>55</sup>

### 2.2.) AfD-Orientierung gen rechts und Sympathien mit rechten Bewegungen

Im Januar 2014, ein Jahr nach Gründung der Partei, erschien im WAZ ein Artikel über die AfD mit dem Titel: „Kein Ruck nach rechts- AfD hält Populisten unter Kontrolle.“<sup>56</sup>

Der Vorwurf, die Partei sei ein „Sammelbecken der Abgehängten“<sup>57</sup> und Rechtsgesinnten, war schon in den ersten Monaten nach der Gründung Gegenstand der Diskussion über die mögliche Wählerschaft der AfD und wurde medial immer wieder aufgegriffen.

47. Vgl. ebd.

48. Vgl. Benbrahim, Karima/ Jantschek, Ole/ Manthe, Barbara (Hg.) (2014): Salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa. Düsseldorf: Düssel-Druck-Verlag, S. 25., zit. nach Fischer, Gero (1998): Ethnopluralismus, Multikulturalismus und interkulturelle Erziehung. In: Reinalter, Helmut/ Petri, Franko/ Kaufmann, Rüdiger (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Struktur der Entsolidarisierung, Innsbruck: StudienVerlag, S. 243-259.

49. „Populismus“. In: Duden. Online im Internet: <http://www.duden.de/rechtschreibung/Populismus> vom 29.07.2017.

50. Vgl. Häusler, Alexander/ Niedermeyer, Oskar: Debatte: Ist die Alternative für Deutschland eine rechtspopulistische Partei?, 17.01.2017. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtspopulismus/240956/debatte-alternative-fuer-deutschland> vom 29.07.2017.

51. Vgl. ebd.

52. Nandlinger, Gabriele: Wann spricht man von Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus oder Neonazismus....?, 25.07.2008. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet: <http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/41312/was-ist-rechtsextrem?p=all> vom 29.07.2017.

53. Vgl. ebd.

54. Ebd.

55. Ebd.

56. o.A.: Kein Ruck nach rechts. AfD hält Populisten unter Kontrolle, 25.01.2014. In: WAZ. Online im Internet: <https://www.waz.de/politik/kein-ruck-nach-rechts-afd-haelt-populisten-unter-kontrolle-id8914722.html> vom 29.07.2017.

57. o.A.: Von wegen Sammelbecken der Abgehängten, 30.11.2016. In: Zeit Online, mbr. Online im Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-11/afd-waehler-geringverdiener-spd-die-linke-forsa-umfrage> vom 29.07.2017.



Die Studie „Die stabilisierte Mitte - Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014“ der Universität Leipzig untersuchte 2014 genau diesen Aspekt und kam zum folgenden Schluss: Die AfD zieht zunehmend Personen an, die sich selbst als politisch rechts oder sehr rechts einstufen.<sup>58</sup>

Doch ist damit die AfD im Kern per se rechts?

Wenn wir zur Beantwortung dieser Frage in die im Eingangskapitel dargestellte Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte der AfD blicken, so lässt sich darlegen, dass die Partei einen Programmatik-Wechsel vollzogen hat<sup>59</sup>: Die ursprünglich von Lucke propagierte liberal-konservative Euro-Kritik wandelte sich ab dem Spätsommer 2015 in eine durch Petry vorangetriebene Kritik an der bestehenden „Flüchtlingsdebatte“ um; rechtskonservative und völkische Ansichten gerieten somit ins Zentrum der parteipolitischen Ausrichtung, die durch den Führungswechsel 2015 von Lucke zu Petry offiziell auch in personeller Hinsicht sichtbar wurde. Die Wahl der Partei von Alice Weidel und Alexander Gauland als Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 bedeutet zusätzlich eine weitere Verschiebung der Parteiführung nach rechts: Im Fokus stehen immer mehr anti-islamische Positionen, auf die im späteren Verlauf noch gezielt eingegangen wird.

Auch wenn die AfD diverse Ansichten des rechtskonservativen Spektrums offenlegt, so ist sie geschlossen einer Meinung: Sie ist Repräsentant und zugleich Verteidiger des „Volkes“ gegen das konstruierte Feindbild der nicht als „deutsch“ wahrgenommenen „Anderen“ und gegen die etablierten Parteien.

Jene Konstruktion eines Feindbildes basiert eindeutig auf rassistischem Gedankengut: Menschen werden aufgrund äußerer Merkmale oder Verhaltensweisen einer als „minderwertig“ und bedrohlich wahrgenommenen Personengruppe zugeschrieben; ob Geflüchtete, Muslime, Schwarze, Sinti & Roma oder Juden, alle werden unter demselben Mechanismus des Rassismus von

dem Kollektiv des vermeintlich deutschen Volkes ausgeschlossen.

Beobachtet man Äußerungen einzelner Vertreter der AfD, wie z.B. die des Landesvorsitzenden der AfD in Sachsen-Anhalt, André Poggenburg, der die NPD-Parole „Deutschland den Deutschen“,<sup>60</sup> verteidigt, Björn Höcke mit seinen völkisch-rassistischen Reden<sup>61</sup> über den „afrikanischen Ausbreitungstyp“ oder des Landtagsabgeordneten in Baden-Württemberg, Wolfgang Gedeon, der in seinem Buch antisemitisches und rechtsextremes Gedankengut propagiert, so wird deutlich, dass rechte Ideologien weit über Ländergrenzen hinausgehen, um nur paar Beispiele von einer Vielzahl zu nennen.

Alle drei erhielten medienwirksam Rügen oder Parteiausschlussverfahrens-Androhungen, alle sind jedoch weiterhin Mitglieder der Partei und keiner von ihnen musste bis jetzt mit ernsthaften Konsequenzen rechnen.<sup>63</sup>

Es zeigt sich eine Tendenz der „Selbstradikalisierung“ der Partei, vor allem des „Flügels“- dem ultrarechten Kader der AfD, welchem Poggenburg und Höcke angehören, wenn man sich die Beziehungen einzelner AfD-Funktionäre zu rechtsextremen Gruppierungen vergegenwärtigt.<sup>64</sup> Die AfD-Saarland wurde wegen Kontakten zu Rechtsextremen vorerst aufgelöst, da dem Landesvorsitzenden Josef Dörr und seinem Vize Lutz Hecker Recherchen des Stern zufolge u.a. eine Verbindung zum ehemaligen stellvertretenden rheinland-pfälzischen NPD-Vorsitzenden Sascha Wagner nachgewiesen wurden<sup>65</sup>; der AfD in Rheinland-Pfalz wurden Verbindungen zu Gruppierungen, die von der NPD dominiert werden, bestätigt.<sup>66</sup> Vertreter des AfD-Kreisverbandes Sächsische Schweiz-Osterzgebirge traten gemeinsam mit Pegida-Funktionär Siegfried Däbritz auf einer Veranstaltung auf.<sup>67</sup> Die Kette der Verstrickungen, Vernetzungen und Sympathie-Bekundungen zwischen AfD-Vertretern und Funktionären der rechtsextremen Szene lässt sich immer weiter nachzeichnen. Es fällt hierbei auf, dass in der frühen Anfangsphase die AfD

58. Vgl. Waldschik, Daniel: Jeder zweite AfD-Wähler ist ausländerfeindlich, 13.11.2014. In: Frankfurter Neue Presse. Online im Internet: <http://www.fnp.de/nachrichten/politik/Jeder-zweite-AfD-Waehler-ist-auslaenderfeindlich;art673,1125394> vom 29.07.2017.  
59. Vgl. Zacharakis, Zacharias: AfD zieht zunehmend Rechte und Rechtsextreme an, 24.08.2016. In: Zeit Online. Online im Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/diw-studie-afd-zuspruch-rechts-zuwanderung-demokratie-unzufriedenheit> vom 29.07.2017.  
60. Vgl. o.A.: AfD-Mann Poggenburg fordert „Deutschland den Deutschen“, 21.06.2017. In: Welt. Online im Internet: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article165779082/AfD-Mann-Poggenburg-fordert-Deutschland-den-Deutschen.html> vom 29.07.2017.  
61. Vgl. Tell, Wilhelm: Asyl. Eine politische Bestandsaufnahme. Höcke beim IFS HD, 720p, 12.12.2015, Youtube. Online im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=eZTw3ORSqIQ> vom 29.07.2017.  
62. Vgl. Funck, Marcus: Wie antisemitisch ist dieser AfD-Politiker?, 06.09.2016. In: Zeit Online. Online im Internet: <http://www.zeit.de/2016/34/wolfgang-gedeon-antisemitismus-afd> vom 29.07.2017.  
63. Vgl. Gensing, Patrick: AfD-Ausschlussverfahren. Viel angekündigt, nichts umgesetzt?, 27.06.2017. In: Tagesschau. Online im Internet: <http://faktenfinder.tagesschau.de/inland/afd-ausschlussverfahren-101.html> vom 29.07.2017.  
64. Vgl. Lasch, Hendrik: AfD auf dem Weg ganz weit nach rechts, 07.06.2017. In: Neues Deutschland. Online im Internet: <https://www.neues-deutschland.de/artikel/1053250.afd-auf-dem-weg-ganz-weit-nach-rechts.html> vom 29.07.2017.  
65. Vgl. o.A.: Saarland-AfD doch nicht aufgelöst, 11.04.2016. In: n-tv. Online im Internet: <http://www.n-tv.de/politik/Saarland-AfD-doch-nicht-aufgeloest-article17438771.html> vom 29.07.2017.  
66. Vgl. o.A.: Auch AfD Rheinland-Pfalz hatte Kontakte zu Rechtsextremen, 02.04.2016. In: Focus. Online im Internet: [http://www.focus.de/politik/deutschland/saar-landesverband-aufgeloest-auch-afd-rheinland-pfalz-hatte-kontakt-zu-rechtsextremen\\_id\\_5403025.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/saar-landesverband-aufgeloest-auch-afd-rheinland-pfalz-hatte-kontakt-zu-rechtsextremen_id_5403025.html) vom 29.07.2017.  
67. Vgl. Bartsch, Michael: „Pegida eint, was Petry teilt“, 09.05.2017. In: taz. Online im Internet: <http://www.taz.de/!5408410/> vom 29.07.2017.

durch Distanzierungs-Äußerungen versuchte, den Vorwurf, eine mit rechtsextremen Gruppierungen sympathisierende Partei zu sein, von sich abzuwenden. Nun werden immer deutlicher offene Solidaritätsbekundungen sichtbar: Der bayrische AfD-Landesvorsitzende Petr Bystron beispielsweise bezeichnete in einer Rede im März 2017 die rechtsextreme und vom Verfassungsschutz beobachtete „Identitäre Bewegung Deutschland“<sup>68</sup> als „tolle Organisation“ und beendete seinen Auftritt mit den Worten: „Wir sind rechts und das ist gut so!“<sup>69</sup>

### 3.) Wer wählt die AfD und warum?

Es stellt sich weiterhin die Frage, wie die Partei der AfD in einem verhältnismäßig kurzen Zeitraum eine so große Zahl an Wählern mobilisieren konnte, wer überhaupt zur Wählerschaft gehört und aus welchen Gründen die Wahl auf die AfD fällt.

Der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsordnung zufolge zieht aktuell die AfD vor allem „Männer [...], Bürger in Ostdeutschland, Personen mit geringer und mittlerer Bildung, Arbeiter und Arbeitslose sowie junge Menschen unter 30 Jahren“ an. Jeder zweite Wähler, der für die AfD stimmt, sei darüber hinaus ausländerfeindlich und ist vor allem der rechten bzw. rechtsextremen Szene zuzuordnen.<sup>70</sup>

Parallel zum bereits angeführten Programmatik-Wechsel der Partei, der gleichzeitig auch durch die immer weiter nach rechts orientierten Führungswechsel sichtbar wurde, lässt sich ebenso ein Wechsel in der Wählerschaft verzeichnen. In der Anfangszeit der AfD war die Partei mehrheitlich von Ökonomen und Professoren dominiert; die Wahl auf die AfD fiel überwiegend aus Protest über die EU-Rettungspolitik. Jetzt werden Wähler vermehrt aus allen gesellschaftlichen Schichten mobilisiert, die zusätzlich aus Überzeugung gegen marginalisierte Menschengruppen agieren wollen.<sup>71</sup>

Als Grund zur Wahl der AfD äußern laut Spiegel bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg 66 % der Wähler die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. 35-60-Jährige stellen die am stärksten vertretene Altersgruppe dar; 15 % der Wähler-

schaft war demnach zwischen 18 und 24 Jahren.<sup>72</sup> Eine aktuelle Studie der Hans-Böckler-Stiftung führt an, dass bei Wählern die Angst vor sozialem Abstieg und das Gefühl der Unsicherheit die zentralen Gründe für eine AfD-Wahl seien; dies wären ca. 46 % der Gesamtbevölkerung. Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert indes die Politik dazu auf, gegen die prekären Arbeitsverhältnisse und gegen Altersarmut vorzugehen, um der Anfälligkeit durch wirtschaftliche Unsicherheit für populistische Politik vorzubeugen.<sup>73</sup>

### 4.) Der „Anti-Islam-Kurs“ : AfD-Grundsatzprogramm vs. Grundgesetz

Der Diskurs über „den Islam“ und „die Muslime“ in Deutschland hat hierzulande nicht erst mit der Gründung der AfD begonnen, sondern blickt, wie die Ursprünge des Rassismus, auf eine weitreichende Historie zurück, die basierend auf kultur- und sozialwissenschaftlichen Analysen in der „westlichen Kultur“ weit verbreitet war und fortlaufend besteht.<sup>74</sup>

Der Aspekt der „Islamophobie“ in diesem Kontext, der nach Leibold/Kühnel „generell ablehnende Einstellungen gegenüber Muslimen, pauschale Abwertungen der islamischen Kultur und distanzierende Verhaltensabsichten gegenüber Muslimen“<sup>75</sup> meint, wird in der Öffentlichkeit häufig als Antwort auf die Gewalt „des einen Islam“ gesehen. Die Annahme, der Islam sei im Kern für den globalen Terror verantwortlich, der in seinem Namen verübt wird, überträgt sich auf das allgemeine Bild über „den Islam“ und „die Muslime“. Diese undifferenzierte Annahme hat zur Konsequenz, dass alle Menschen, denen ein muslimischer Hintergrund zugeschrieben wird, als Kollektiv zur Verantwortung gezogen werden müssen.

Vertreter der postkolonialen und poststrukturalistischen Theorie dagegen, wie z.B. Iman Attia, Professorin für Diversity Studies an der Alice Salomon Hochschule Berlin, führen an, dass Islamophobie und das Phänomen des antimuslimischen Rassismus nicht als Reaktion auf „radikal-islamistischen“ Terror angesehen werden können, sondern als bereits vorher Existentes.<sup>76</sup> Die „westliche Kultur“ beansprucht für sich selbst dabei seit jeher, das „Normale“, das „Übliche“, das „Zivilisierte“

68. Vgl. Riedel, Katja: Bayerns AfD-Chef muss Beobachtung hinnehmen, 28.07.2017. In: Tagesschau. Online im Internet: <http://www.tagesschau.de/inland/afd-landeschef-bleibt-unter-verfassungsschutzbeobachtung-101.html> vom 29.07.2017.

69. Vgl. AfD-Television: Bayrischer AfD-Landesvorsitzender Petr Bystron zur Identitären Bewegung, 22.03.2017, Youtube. Online im Internet: <https://www.youtube.com/watch?v=IWu26pijK-U> vom 29.07.2017.

70. Zacharakis, Zacharias: AfD zieht zunehmend Rechte und Rechtsextreme an, 24.08.2016. In: Zeit Online. Online im Internet: <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/diw-studie-afd-zuspruch-rechts-zuwanderung-demokratie-unzufriedenheit> vom 29.07.2017.

71. Vgl. Woratschka, Rainer: Jung, rechts, unzufrieden., 24.08.2016. In: Der Tagesspiegel. Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/studie-ueber-die-neuen-afd-anhaenger-jung-rechts-unzufrieden/14450322.html> vom 29.07.2017.

72. Vgl. Frontzek, Hannah/ Protz, Catharina: Warum wählen junge Menschen die AfD?, In: Zeitjung. Online im Internet: <https://www.zeitjung.de/landtagswahlen-junge-generation-politik-afd-mecklenburg-vorpommern/> vom 25.08.2017.

73. o.A.: Abstiegsängste treiben Wähler in die Arme der AfD, 10.08.2017. In: MiGAZIN. Online im Internet: <http://www.migazin.de/2017/08/10/studie-abstiegsaengste-waehler-arme-afd/> vom 18.08.2017.

74. Vgl. Attia, Iman (2009): Die „westliche“ Kultur und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: Transcript Verlag.

75. Attia, Iman (2009): Die „westliche“ Kultur und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: Transcript Verlag, S. 7., zit. nach Leibold/Kühnel (2006: 137).

76. Vgl. ebd.

zu sein; die eigene Kultur und Identität wird dabei als nicht verhandelbar deklariert. Alle diejenigen, welche von der Norm abweichen, stellen das Gegenpol des Eigenen dar: Sie sind das „Fremde“, das „Andere“, das negativ bewertet wird, das es zu zivilisieren gilt und sich an das „Normale“ anpassen muss. Sie werden geduldet oder gefördert, solange sie sich dieser im aufklärerischen Duktus umworbenen Anpassung unterwerfen, ansonsten drohen ihnen Sanktionen und der Ausschluss von der Dominanzgesellschaft.<sup>77</sup>

Die Geschichte bietet unzählige Beispiele, die diese Theorie als gewaltvolle und menschenverachtende Praxis beweisen: Die Kolonialzeit stellt dabei nur einen von vielen Höhepunkten in der Geschichte der Menschheit dar.

Auch in der Historie Deutschlands lassen sich einige Exemplare des disparat geführten Diskurses im Umgang mit den „Anderen“ und Minderheiten finden. In Bezug auf Migrantinnen und Migranten und die sogenannte „Islamdebatte“ in Deutschland dominieren Begriffe wie „Kopftuchdebatte“, „Dönermorde“, „Leitkultur“ und „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ den Diskurs. Bevor jedoch auf den eigentlichen Aspekt, nämlich den „Anti-Islam-Kurs der AfD“ eingegangen wird, soll eine Darstellung von Ereignissen zum Thema einleitend erfolgen, um die Entwicklungen der AfD durch das Einbetten in das gesellschaftliche Klima besser verstehen zu können. Chronologisch verkürzt stellt Fereshta Ludin 1998/99 mit ihrer Klage gegen das „Kopftuch-Verbot“ im Schuldienst durch Behörden und Gerichte den ersten Fall eines sogenannten „Kopftuchstreits“ dar. 10 Jahre später, am 1. Juli 2009 stirbt die Muslima Marwa El-Sherbini durch Messerstiche im Landgericht Dresden wegen eines islamfeindlichen Motivs.<sup>78</sup> 2010 veröffentlichte Thilo Sarrazin sein Buch „Deutschland schafft sich ab“, das rassistische, sozialchauvinistische und menschenverachtende Thesen gegenüber Migranten und Muslime propagiert und zum meistverkauften Buch seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschlands wird.<sup>79</sup>

Einer repräsentativen Emnid-Umfrage zufolge, stimmten 2010 18 % der Befragten für eine fiktive „Sarrazin-Partei“.<sup>80</sup> Rassismus und vor allem die unter dem Deckmantel der Islamkritik geäußerte Muslimfeindlichkeit haben Aufwind und werden immer salonfähiger.<sup>81</sup> Dies zeigt sich auch in den Ergebnissen der Langzeituntersuchung „Deutsche Zustände“ von Heitmeyer: 2010 stimmten der Aussage „Muslime sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ 26,1% zu, der Aussage „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ pflichteten sogar 38,9% bei.<sup>82</sup> 2011 wird das Trio um Zschäpe, Mundlos und Böhnhardt der rechtsextremen, terroristischen Vereinigung Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) bekannt, die innerhalb von sieben Jahren zehn Menschen, mit mehrheitlich türkischem Hintergrund, verdeckt ermorden konnte. Laut der Südwest Presse erscheint es ausgehend vom Abschlussbericht des zuständigen Thüringer Untersuchungsausschusses sogar „[...] unwiderlegbar, dass Polizei und Verfassungsschutz das Trio bewusst deckten.“<sup>83</sup> Der NSU-Komplex steht somit stellvertretend für den systematischen und institutionellen Rassismus in Deutschland.<sup>84</sup>

Mit den Termini „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen“ oder „Ich habe nichts gegen Muslime, aber...“, tritt die AfD mit ihren Forderungen in ein gesellschaftliches Klima, das Rassismus nicht nur über Jahre hinweg salonfähiger gemacht hat, sondern auch in Zeiten von Pegida & Co als legitime Form der Meinungsfreiheit inszeniert. Auch etablierte Parteien trugen im besonderen Maße dazu bei, mit ihren Forderungen und Aussagen Rassismus latent im alltäglichen Diskurs voranzutreiben.<sup>85</sup> Die AfD verkörpert dabei mit ihrer Partei das sichtbare und durch das deutsche Parteiensystem legitimierte Kollektiv an Vertretern von antisemitischen, anti-muslimischen und rassistischen Denkweisen und Handlungsforderungen. Der Fokus dieser Ausarbeitung liegt hierbei auf den Umgang der AfD mit Muslimen in Deutschland.

77. Vgl. ebd.

78. Vgl. o.A.: Jahrestag der Ermordung Marwa El-Sherbinis, 01.07.2016. In: IslamiQ. Online im Internet: <http://www.islamiq.de/2016/07/01/tag-des-antimuslimischen-rassismus/> vom 26.08.2017.

79. Vgl. Vorsamer, B.: „Rassistisch, elitär und herabwürdigend“, 17.05.2010. In: Süddeutsche Zeitung. Online im Internet: <http://www.sueddeutsche.de/politik/gutachten-zu-thilo-sarrazin-rassistisch-elitaer-und-herabwuerdigend-1.58130> vom 29.07.2017.

80. o.A.: Potenzial für Protestpartei. 18 Prozent würden Sarrazin wählen, 05.09.2010. In: taz. Online im Internet: <http://www.taz.de/!5136189/> vom 28.08.2017.

81. Vgl. Piening, Günter: Sarrazin oder die neue Salonfähigkeit des Rassismus, 14.10.2009. In: MiGAZIN. Online im Internet: <http://www.migazin.de/2009/10/14/sarrazin-oder-die-neue-salonfaehigkeit-des-rassismus/> vom 29.07.2017.

82. Heitmeyer, Wilhelm/ Zick, Andreas/ Groß, Eva (2011): Deutsche Zustände. Das entsicherte Jahrzehnt. Presseinformation zur Präsentation der Langzeituntersuchung Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Online im Internet: [https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout\\_Fassung\\_Montag\\_1212.pdf](https://www.uni-bielefeld.de/ikg/Handout_Fassung_Montag_1212.pdf) vom 29.07.2017.

83. Vgl. Lachmann, Harald: Den NSU bewusst gedeckt, 20.08.2014. In: Südwest Presse. Online im Internet: <http://www.swp.de/ulm/nachrichten/politik/densu-bewusst-gedeckt-10172758.html> vom 29.07.2017.

84. Vgl. Radke, Johannes: Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU), 16.10.2013. In: Bundeszentrale für politische Bildung. Online im Internet: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/167684/der-nationalsozialistische-untergrund-nsu> vom 29.07.2017.

85. o.A.: Seehofer will Zuwanderungsstopp für Türken und Araber, 10.10.2010. In: Badische Zeitung. Online im Internet: <http://www.badische-zeitung.de/deutschland-1/seehofer-will-zuwanderungsstopp-fuer-tuerken-und-araber-36426497.html> vom 18.08.2017.

Die Kernfrage ist nun: Was fordert die AfD konkret in Bezug auf Muslime in Deutschland, was wird mit den Forderungen suggeriert, welchen Zweck erfüllen sie und an welchem Punkt kollidieren sie mit den Grundprinzipien des Grundgesetzes?

Das Grundsatzprogramm der AfD mit denen für uns relevanten Kapiteln „Kultur, Sprache und

Identität“ (S. 45-50) und „Schule, Hochschule und Forschung“ (S. 51-56) dient hierbei als erster Gegenstand der Betrachtung.<sup>86</sup> Um dieses Themenkomplex anschaulicher darzustellen, werden die Ergebnisse in der abgebildeten Tabelle präsentiert. Im späteren Verlauf werden darüber hinaus gezielt anti-islamische Äußerungen von AfD-Politikern ausgewählt und untersucht.

---

86. Vgl. Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland. Online im Internet: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzprogramm_web-version.pdf) vom 29.07.2017.

AfD-Grundsatzprogramm	Suggestion/ Kommentar	Zweck	Grundgesetz
<p>„Die AfD bekennt sich uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen.“</p>	<p>Diese Aussage ist in sich widersprüchlich. Mit ihrer Forderung der Religionsausübung „durch die staatlichen Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte Schranken zu setzen.“, bekennt sich die AfD eben nicht uneingeschränkt zur Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit.</p>	<p>Glaubensgemeinschaften, die nicht in das Weltbild der AfD passen, soll das Grund- und Menschenrecht auf Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit entzogen werden, um eine rechtliche Legitimation für eine Diskriminierung zu schaffen.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 + 2</p> <p>(1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“</p> <p>(2) „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“</p>
<p>„Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.“</p>	<p>Von islamtheologischen Lehrstühlen geht, nach Ansicht der AfD, eine Gefahr aus, da sie bekenntnisorientiert „den Islam“ lehren. Ein objektiv-wissenschaftlicher Blick könne nur durch eine bekenntnisneutrale Islamwissenschaft hergestellt werden.</p> <p>Logischer Schluss: Der AfD zufolge sind Theologie und Wissenschaft unvereinbar und müsste, nach dieser Denkweise, allen theologischen Lehrstühlen verboten werden. Die Abschaffung gilt jedoch nur für islamtheologische Lehrstühle und ist damit eindeutig diskriminierend.</p>	<p>Den muslimischen Religionsgemeinschaften soll als einzige religiöse Gemeinschaft das Recht, theologische Lehrstühle innezuhaben, entzogen werden.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 + 2</p> <p>(1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“</p> <p>(2) „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“</p> <p>und</p> <p>Grundgesetz Artikel 140 i. V. m. Artikel 137, Absatz 3 WRV</p> <p>(3) „Jede Religionsgesellschaft ordnet und verwaltet ihre Angelegenheiten selbstständig innerhalb der Schranken des für alle geltenden Gesetzes. Sie verleiht ihre Ämter ohne Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinde.“</p>

AfD-Grundsatzprogramm	Suggestion/Kommentar	Zweck	Grundgesetz
<p>„Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftssymbol ebenso ab wie den Muezzinruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Minarett und Muezzinruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen in der Moderne praktizieren.“</p>	<p>Das Verbot von Minaretten und Muezzinrufen begründet die AfD auf vorurteilsbehafteten Annahmen. Die Religionsausübungsfreiheit muss auch dann, oder besonders dort, akzeptiert werden, wenn vermeintliche Inhalte der Religion nicht mit den eigenen übereinstimmen. Dies macht die Religionsfreiheit aus.<sup>87</sup></p>	<p>Muslimen in Deutschland soll in diesem Punkt das Grundrecht auf Religionsausübungsfreiheit entzogen werden und nicht mehr als Teil des öffentlichen Lebens angesehen werden.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 + 2</p> <p>(1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“</p> <p>(2) „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“</p>
<p>„Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen nicht erfüllen.“</p>	<p>Es ist ein verfassungsrechtlich gesichertes Grundrecht von Religionsgemeinschaften, sich um den Status einer Körperschaft zu bewerben. Dies von vornerein abzulehnen, ist rechtswidrig.</p>	<p>Die AfD grenzt dieses Recht für muslimische Religionsgemeinschaften ein und diskriminiert damit Muslime in Deutschland.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 137, Absatz 4 + 5</p> <p>(4) Religionsgesellschaften erwerben die Rechtsfähigkeit nach den allgemeinen Vorschriften des bürgerlichen Rechtes.</p> <p>(5) Die Religionsgesellschaften bleiben Körperschaften des öffentlichen Rechtes, soweit sie solche bisher waren. Anderen Religionsgesellschaften sind auf ihren Antrag gleiche Rechte zu gewähren, wenn sie durch ihre Verfassung und die Zahl ihrer Mitglieder die Gewähr der Dauer bieten. Schließen sich mehrere derartige öffentlich-rechtliche Religionsgesellschaften zu einem Verbands zusammen, so ist auch dieser Verband eine öffentlich-rechtliche Körperschaft.</p>

87. Vgl. am Orde, Sabine: Verfassungsrechtler über die AfD. „Unvereinbar mit dem Grundgesetz“, 07.06.2016. In: taz. Online im Internet: <http://www.taz.de/15310152/> vom 29.07.2017.

AfD-Grundsatzprogramm	Suggestion/ Kommentar	Zweck	Grundgesetz
<p>„Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden; in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.“</p>	<p>Dem Tragen eines Kopftuchs wird eine negative Konnotation zugeschrieben, die, nach Ansicht der AfD, nicht mit der falsch verstandenen Neutralität gegenüber einer staatlichen Institution vereinbar ist.</p> <p>Das Verbot des Tragens eines Kopftuchs, vor allem für Schülerinnen, verstößt klar gegen das Grundgesetz. Des Weiteren ist Deutschland, anders als Frankreich, ein säkularer Staat, kein laizistischer.</p>	<p>Sichtbar erkennbare Muslime sollen, durch das Beschneiden ihrer Rechte, aus dem öffentlichen Raum entfernt werden.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 + 2</p> <p>(1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“</p> <p>(2) „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“</p>
<p>„Solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat, fordern wir die Schließung von Koranschulen wegen der unkontrollierbaren Gefahr einer radikalen verfassungsfeindlichen Indoktrination.“</p>	<p>Die AfD unterstellt mit ihrer Forderung per se allen Muslimen eine potentielle Gefahr. Die Forderung sogenannte Koranschulen zu schließen, „solange der Islam keine echte Reformation durchlaufen hat“, ist rechtswidrig und verstößt gegen das Grundgesetz, da die Religionsausübungsfreiheit nicht an inhaltlichen Bedingungen gebunden werden darf und uneingeschränkt gilt. Darüber hinaus wird indirekt davon ausgegangen, dass es neben Moscheen, auch sogenannte Koranschulen gäbe; de facto existiert nur Ersteres.</p>	<p>Muslimen in Deutschland sollen ihren Grundrechten der ungestörten Religionsausübung beraubt werden.</p>	<p>Grundgesetz Artikel 4, Absatz 1 + 2</p> <p>(1) „Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.“</p> <p>(2) „Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.“</p>

**„Der Islam ist an sich eine politische Ideologie, die mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.“<sup>88</sup>**

Beatrix von Storch, stellvertretende Parteivorsitzende der AfD

Mit der Äußerung, der Islam sei eine politische Ideologie, nimmt sich die AfD die Deutungshoheit über „den Islam“ und konstatiert im Gegenzug, dass der Islam keine Religion sei. Dies dient dem Zweck, gläubigen Muslimen von vornerein nicht als Zugehörige einer anerkannten Religion zu sehen und sie somit vom Grundrecht der Glaubensfreiheit auszuschließen.

**„Muslimische Gläubige sind kein Problem, der Islam als Religionsgemeinschaft schon.“<sup>89</sup>**

Alexander Gauland, Spitzenkandidat der AfD für die Bundestagswahl 2017

Diese Aussage ist in sich paradox. Die Existenz einer sinnstiftenden Religion als problematisch darzustellen und parallel dazu Menschen, die sich genau dieser Religion zugehörig fühlen, nicht als Problem zu sehen, entzieht dieser Äußerung jegliche Sinnhaftigkeit. Die sinnstiftende Essenz der Religion ist elementar im menschlichen Sein des Gläubigen verankert; sobald die Religion als Religionsgemeinschaft als problematisch dargestellt wird, werden auch die Menschen, die sich dieser Religion zugehörig fühlen, als ein Problem angesehen.

Gaulands Äußerung stellt erneut einen kalkulierten Tabubruch und gleichzeitig eine gezielte Beschönigung der menschenverachtenden Nachricht dar: Muslime sind per se ein Problem.

**„Der Islam ist eine Konstruktion, die selbst die Religionsfreiheit nicht kennt und diese nicht respektiert. Und da, wo sie das Sagen hat, jede Art von Religionsfreiheit im Keim erstickt. Und wer so mit einem Grundrecht umgeht, dem muss man das Grundrecht entziehen.“<sup>90</sup>**

Albrecht Glaser, stellvertretender Parteisprecher der AfD

Diese Ausführung ist besonders gefährlich. Die AfD nimmt sich erneut die Deutungshoheit über „den Islam“ und versucht die vermeintlich fehlende Anerkennung der Religionsfreiheit im Islam durch totalitäre Systeme in islamisch geprägten Ländern zu beweisen. Dass die Deutungshoheit vor allem Zugehörigen der jeweiligen Religion obliegt und totalitäre Systeme, die die Religion für ihre Zwecke instrumentalisieren, schlichtweg nicht automatisch im Zusammenhang mit Menschen muslimischen Glaubens stehen, muss hierbei noch reflektiert werden. Darüber hinaus entspricht die geschlussfolgerte Forderung, einem Menschen das Grundrecht zu entziehen, von welchem man vorurteilsbeladen ausgeht, er tue dasselbe, nicht dem Grundgedanken des Grundgesetzes – das Grundrecht gilt nämlich uneingeschränkt und ist nicht verhandelbar.

Im Folgenden werden exemplarisch drei Beispiele für aktuell gezielt islamfeindliche Aussagen von der Spitzenkandidatin der AfD, Alice Weidel, aufgeführt:

**„Ein Kopftuch ist eine andere Sache. Kopftücher gehören aus dem öffentlichen Raum und von der Straße verbannt. Das sollte auf jeden Fall gesetzlich festgelegt werden. Ich bin für ein völliges Verbot von Niqab und Burka – überall. Das Tragen sollte unter eine empfindliche Geldstrafe gestellt werden. Das meine ich ganz ernst. Männer und Frauen sind im Islam nicht gleichberechtigt und das Kopftuch ist ein absolut sexistisches Symbol dafür. Und ich habe auch keine Lust, ständig darüber zu diskutieren. Denn das Kopftuch gehört nicht zu Deutschland. [...]Der Gesetzgeber muss sich ganz grundsätzlich fragen, was hier eigentlich Leitkultur sein soll. Mit dem Kopftuch wird die Apartheid von Männern und Frauen zur Schau gestellt.“<sup>91</sup>**

Alice Weidel, Spitzenkandidatin der AfD für die Bundestagswahl 2017

88. o.A.: Von Storch: „Islam nicht mit Grundgesetz vereinbar“, 17.04.2016. In: F.A.S. Online im Internet: <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/von-storch-islam-nicht-mit-grundgesetz-vereinbar-14182472.html> vom 29.07.2017.

89. o.A.: AfD-Vize fordert Einreisestopp für Muslime, 04.03.2017. In: Tagesschau. Online im Internet: <https://www.tagesschau.de/inland/gauland-einreisestopp-101.html> vom 29.07.2017.

90. Fiedler, Maria: „Das Kopftuch gehört nicht zu Deutschland“, 27.05.2017. In: Der Tagesspiegel. Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/afd-spitzenkandidatin-alice-weidel-das-kopftuch-gehört-nicht-zu-deutschland/19859992.html> vom 29.07.2017.

91. Leif, Thomas: Glaser gegen Religionsfreiheit. AfD-Vize will Islam Grundrecht entziehen, 20.04.2017. In: Tagesschau. Online im Internet: <https://www.tagesschau.de/inland/glaser-afd-islam-religionsfreiheit-101.html> vom 29.07.2017.





### „Die AfD wendet sich gegen eine Diffamierung von Islamkritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“.“<sup>94</sup>

Diese Ausarbeitung hat ergeben, dass sich die AfD über die Grenzen der legitimierten Islamkritik hinausbegeben hat und sowohl Aussagen einzelner AfD-VertreterInnen, als auch Forderungen im Grundsatzzprogramm in Bezug auf Muslime eindeutig abwertend, islamophob, diskriminierend und konsequent nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

#### 5.) Fazit

Es wird abschließend deutlich, dass die AfD, basierend auf ihrer Entstehungs- und Entwicklungshistorie, durch den politischen Stil der kalkulierten Tabubrüche versucht, „die Grenzen des Sagbaren“ immer mehr nach rechts zu verschieben und die Salonfähigkeit von Rassismus in unserer Gesellschaft stetig voranzutreiben. Jene Verschiebung nach rechts spiegelt sich sowohl in personeller Hinsicht durch den Wechsel der Parteiführung, als auch die in der Partei-Programmatik sichtbar immer aggressiveren Form des geäußerten Rassismus und der Islamfeindlichkeit wider. Die in den Anfängen propagierte „Euro-Kritik“ wandelte sich von einer Kritik an der „Geflüchteten-Politik“ hin zu einer generellen Ablehnung von Zuwanderern und Migranten, bis hin zu einer konsequenten Abwertung von „Nicht-Deutschen“, vor allem aber von Menschen muslimischen Glaubens.

Zentral dabei ist die Errichtung eines „deutschen, abendländischen, christlich-jüdischen, aufklärerischen Selbstbilds“ und der Kategorisierung

dessen als sogenannte „Leitkultur“, die elementar für die hiesigen Traditionen und Werte stehen soll. All jenen, die diesem Wertesystem durch ihr „Anderssein“ entgegenstehen, wird, aus eurozentrischer Perspektive, eine fehlende Anerkennung der „deutschen Kultur“ und mangelnder Ausdruck von Respekt vorgeworfen. Ein Beispiel hierfür ist der Diskurs um das Tragen eines Kopftuchs und das Ablehnen eines Handschlags. Dabei nehmen sich VertreterInnen der sogenannten „Leitkultur“ vielfach die Deutungshoheit über die Intention anderer Bekleidungs- und Verhaltensweisen. Das Bewerten „des Anderen“ aus eurozentrischer Sicht führt u.a. zu der Annahme, dass eben diese defizitär und durch die erkennbare Religionsausübung unvereinbar mit den Normen und Werten des „Abendlands“ und Grundgesetz seien. Vorurteilsbeladene Annahmen über „die Geflüchteten“, „die Migranten“, „die Muslime“ oder „den Islam“, der von Storch und Gauland zufolge als „Fremdkörper“ bezeichnet wird, werden als Gegenpol und Feindbild zum Eigenen konstruiert, das es zu verteidigen gilt. Im Zuge dessen werden Forderungen laut, die im Grunde Folgendes beabsichtigen: Muslime in Deutschland sollen der Unbedingtheit ihrer uneingeschränkten Grund- und Menschenrechten der Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit einerseits und andererseits ihrer ungestörten Religionsausübungsfreiheit beraubt werden, da ihr Glaube- so meint man- mit dem Grundgesetz unvereinbar sei. Genau diese Argumentation stimmt eben nicht mit den Prinzipien des Grundgesetzes und der Menschenrechte überein. Mit der Forderung von Weidel, „Kopftücher [...] aus dem öffentlichen Raum und von der Straße [zu] verbann[en]“<sup>96</sup>

92. Weidel, Dr. Alice [Alice\_Weidel] (2017): #Ramadan – Hierzu nicht dialogbereite Islamverbände kommen als Verhandlungspartner grundsätzlich nicht in Frage., 14.06.2017, 02:32 Uhr. In: Twitter. Online im Internet: [https://twitter.com/Alice\\_Weidel/status/874922446188576768](https://twitter.com/Alice_Weidel/status/874922446188576768) vom 28.07.2017.

93. Weidel, Dr. Alice [Alice\_Weidel] (2017): Will man tatsächlich & effektiv gegen Terror & Radikalisierung vorgehen, dann nur mit einer Nulltoleranz-Politik!, 24.05.2017, 01:26 Uhr. Online im Internet: [https://twitter.com/Alice\\_Weidel/status/867295840414695425](https://twitter.com/Alice_Weidel/status/867295840414695425) vom 28.07.2017.

94. Vgl. Alternative für Deutschland (2016): Programm für Deutschland. Das Grundsatzzprogramm der Alternativen für Deutschland., S. 49. Online im Internet: [https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27\\_afd-grundsatzzprogramm\\_web-version.pdf](https://www.afd.de/wp-content/uploads/sites/111/2017/01/2016-06-27_afd-grundsatzzprogramm_web-version.pdf) vom 29.07.2017.

95. o.A.: Gauland: Der Islam kann hier keine Heimat finden., 19.04.2016. In: Focus. Online im Internet: [http://www.focus.de/politik/deutschland/religion-afd-vize-politischer-islam-groesste-bedrohung-fuer-demokratie\\_id\\_5448573.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/religion-afd-vize-politischer-islam-groesste-bedrohung-fuer-demokratie_id_5448573.html) vom 29.07.2017.

96. Fiedler, Maria: „Das Kopftuch gehört nicht zu Deutschland“, 27.05.2017. In: Der Tagesspiegel. Online im Internet: <http://www.tagesspiegel.de/politik/afd-spitzenkandidatin-alice-weidel-das-kopftuch-gehört-nicht-zu-deutschland/19859992.html> vom 29.07.2017.

und dies gesetzlich festzulegen, wird einen Schritt weitergegangen: Es ist der Versuch, durch gesetzliche Änderungen Menschen muslimischen Glaubens nicht nur in ihren Grundrechten zu verletzen, sondern auch einen rechtlichen Rahmen zu schaffen, welcher letzten Endes Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen legitimiert.

Die Konsequenzen für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft wären in Anbetracht dieser Entwicklungen fatal.

Auch wenn diese Ausarbeitung sich gezielt mit der AfD und ihren Positionen zu Muslimen auseinandersetzt, muss umso mehr betont werden, dass, wie bereits im Kapitel 2.1. angeführt, die Mechanismen von Rassismus und Diskriminierung weiterhin in unserer

Gesellschaft bestehen und auf alle Menschengruppen, ob Schwarze, People of Color, Sinti & Roma, Juden, Muslime etc. und die als Feindbild konstruiert werden, übertragbar sind. Es stellt ein gesamtgesellschaftliches Problem dar, da jeder direkt oder indirekt von den Strukturen des Rassismus und der Diskriminierung betroffen ist und kann auch nur gesamtgesellschaftlich und geeint bekämpft werden: Denn erst, wenn sich eine Gesellschaft im Einzelnen selbstreflektierend über die eigenen Rassismen bewusst wird, kann sie im Ganzen, unabhängig davon, welche politischen und religiösen Weltanschauungen ihre Mitglieder vertreten, gegen die als Meinungsfreiheit getarnte gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ankämpfen und durch das Bewahren unseres Grundgesetzes für eine menschenwürdige Gesellschaft einstehen.